

Gericht stoppt Amazon: Werbetrommel in Prime Video verstummt!

Das Landgericht Düsseldorf untersagt Amazon Prime Video Werbeänderungen ohne Zustimmung. Verbraucher wehren sich gegen unzulässige Anpassungen.



Düsseldorf, Deutschland - Das Düsseldorfer Landgericht hat entschieden: Amazon darf seinen Streaming-Dienst Prime Video in Deutschland nicht mehr in der bisherigen Form anbieten. Auslöser war eine Unterlassungsklage von Alcatel-Lucent, die erfolgreich war, nachdem Amazon seine Nutzer ohne vorherige Zustimmung mit Werbung konfrontierte. Seit Februar 2024 gibt es auf Prime Video Werbung – und das trotz der Wahlmöglichkeit, für einen Aufpreis von 2,99 Euro im Monat weiterhin werbefrei zu streamen. Verbraucherschützer betrachten diese Vorgehensweise als unzulässige Vertragsanpassung, was in einer Vielzahl an Klagen gegen den Konzern mündete, wie die **Krone** berichtete.

Massive Verbraucherreaktion gegen Amazon

Berichten zufolge haben sich bereits fast 83.000 Menschen einer Sammelklage gegen Amazon angeschlossen, um sich gegen die neuen Werbepraktiken zur Wehr zu setzen. Diese massive Beteiligung zeigt, dass viele Verbraucher nicht bereit sind, solche Preisanpassungen einfach hinzunehmen, so die Verbraucherzentrale Sachsen. Die Klagemöglichkeiten wurden den Kunden umfassend erläutert, und das Interesse daran wächst stetig. Amazon habe seinerseits es versäumt, die Kunden aktiv um Zustimmung zu bitten, wodurch Verbraucher nun auf rechtlichem Wege zur Rückerstattung von insgesamt über 35 Millionen Euro an zu viel gezahlten Gebühren gedrängt werden sollen, wie berichtet wird.

Zusätzlich zu diesen rechtlichen Herausforderungen plant Amazon massive Investitionen in die Infrastruktur für Künstliche Intelligenz: Über 96 Milliarden Euro sollen in diesem Bereich fließen, nachdem im Vorjahr bereits 26,3 Milliarden Dollar in den Ausbau gesteckt wurden. Aus diesen Entwicklungen wird deutlich, dass Amazon trotz der rechtlichen Probleme und der wachsenden Kundenunzufriedenheit in andere Geschäftsfelder investiert, während der Druck aus der Verbraucherschutzszene weiterhin besteht, wie **Onlinehändler-News** feststellte.

Details	
Vorfall	Betrug
Ursache	unzulässige Vertragsanpassung
Ort	Düsseldorf, Deutschland
Schaden in €	250000
Quellen	• www.krone.at • www.onlinehaendler-news.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at